

IL N'Y A QU'UN SEUL MONDE (Alain Badiou)

Seit Jahren nun schon öffnet sich an den Grenzen Europas ein Massengrab, das Tag für Tag immer mehr Menschen verschluckt. Die zahllosen Zeugnisse des Elends, der Verzweiflung, aber auch des Muts und der Entschlossenheit übertreffen und überschlagen sich - und machen sprachlos. In dieser Situation, in dieser historischen Stunde fällt der offiziellen und professionellen Politik nichts anderes ein, als zu diskutieren: über Schengen und Dublin, über Kontrollen und Zäune, über Verteilschlüssel und Quoten, über Fluchtrouten und Schlepper, über

Einreisestopp und Rückschaffung. Hauptsache: Es wird so getan, als würde etwas getan, das etwas mit der Situation zu tun hat, das ihr angepasst ist, ihr entspricht. Es wird so getan, als hätten wir es mit einem vorübergehenden Missstand zu tun, mit einer Störung des Gleichgewichts auf einem ansonsten sich selbst regulierenden Markt der Waren und Menschen.

Und entsprechend führen sich diejenigen auch auf, die in Politik und Wirtschaft über Kohle, Macht und das veröffentlichte Wort und Bild verfügen. So schlurfen sie denn telegen auf ihren Pool zu, hoch über dem Zürichsee, und reissen ihre Witze über die Menschen, die in überfüllten Booten und Zügen verzweifelt ihre Chance auf eine menschen-

**Ferien
am
grössten
Friedhof
der
Welt
!**

An der «Festung Europa» sterben jährlich Tausende von Kindern, Frauen und Männer beim verzweifeltsten Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Das Mittelmeer ist wegen der EU-Politik zum grössten Friedhof der Welt geworden.

Warum fliehen Menschen? Die Flucht ist oft ihre letzte Chance, überleben zu können. Sie fliehen vor Armut und Not, die oft von Bürgerkriegen und Kriegen ausgelöst werden. Kriege, welche für die imperialistischen Interessen von wenigen Ländern und der EU geführt werden. Auch die Schweiz verdient an diesen Kriegen weltweit kräftig mit. Schweizer Rohstofffirmen plündern seit Jahrzehnten u.a. riesige Gebiete in Afrika aus. Sie erzielen durch die schamlose Ausbeutung von Mensch und Natur enorme Gewinne, während in den betroffenen Gebieten die Menschen vor Hunger sterben. So sind die Fluchtgründe sehr oft bedingt und verursacht durch die Korruption der Regierenden, den kapitalistischen Profitinteressen der Rohstofffirmen und Grosskonzerne, die ihren Hauptsitz nicht selten hier in der Schweiz haben. Es sind die gleichen Konzerne, die - wie zu Beginn gesehen - im Schweizer Parlament bestens vertreten sind, um ihre Interessen politisch abzusichern und durchzusetzen.

würdige Zukunft wahrnehmen. Dieses Pack zündet selber keine Flüchtlingsheime an - dafür sorgt die Arbeitsteilung, die wir aus der Geschichte des Faschismus bestens kennen. Dafür sorgt das Reservoir an Dumpfbacken, Ressentiment-Beladenen, Frustrierten und Wutbünzlis. Das Grosskapital indes braucht sich angesichts dieser Fusstruppen seine Finger nicht schmutzig zu machen. Die Ausplünderung ganzer Kontinente lässt sich locker unter courant normal verbuchen. Der Markt richtet es alleweil - und Geld stinkt nicht. Wer könnte sie auch zur Verantwortung ziehen, wenn bei ihrer freien Jagd nach Profiten Millionen von Menschen auf der Strecke bleiben - oder das Weite suchen?

Derweil zählt aber auch für den konkordanten Schweizer Bundesrat und die ihn konstituierenden Parteien nur eines: dass von diesen ausgebeuteten Menschen auf ihrem langen Marsch ja niemand ausser Kontrolle vor unserer Haustür steht und seine Rechte einfordert - ganz einfach seine Rechte als Mensch wie du und ich. Wir können und wir wollen uns aber dieser Realität nicht länger verschliessen. Und diese Realität lässt sich nicht mit einfachen Lösungen und Rezepten bannen. Auch die Sprache des Widerstand lässt sich nicht umstandslos aus den Kämpfen der Vergangenheit kopieren. Auch sie muss - Hand in Hand mit neuen Formen des Widerstands - immer wieder neu erfunden werden, wie der Dichter Bertolt Brecht aus den Erfahrungen des Nazifaschismus lernte und lehrt: «Auch der Hass gegen die Niedrigkeit verzerrt die Züge. Auch der Zorn über das Unrecht macht die Stimme heiser.»

Wir stehen in der Verantwortung auf eine Art und Weise, die uns nicht so schnell loslassen wird. Wir werden nicht ruhen können, bevor die heimlichen und unheimlichen Brandstifter in ihren Villen merken, wie es heiss unter ihrem Hintern wird. Wir werden nicht ruhen, bis die fremdenfeindlichen Hassprediger ihre Boote besteigen - und da gönnen wir ihnen von Herzen ihre Jachten -, um sich als Fachkräfte zu bewerben bei den skrupellosesten Ausbeutern dieser Welt und mit diesen zusammen schliesslich auf der Müllhalde der Geschichte zu landen.

Wir können nicht ruhen, solange Menschen auf

Grund von Herkunft, Hautfarbe und Denkweise gegen einander ausgespielt werden. Wir können nicht ruhen, wenn unsern Mitmenschen das Bleiberecht und damit das Existenzrecht verweigert wird. Wir können nicht ruhen, bevor Heimat heissen wird: willkommen zu sein - als Mensch dieser Erde bei den Menschen dieser Erde. Qui est ici est d'ici. Il n'y a qu'un seul monde. Es gibt nur eine Welt. Seid willkommen! Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Rolf Zbinden

Bauer schlägt König!

Nationalratswahlen; wählt PdA und KJ, Liste 25

Und aus Niemals wird: Heute noch!

LOB DER DIALEKTIK

**Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.
Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.
Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.
Keine Stimme ertönt außer der Stimme der Herrschenden.
Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:
Jetzt beginne ich erst.
Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:
Was wir wollen, geht niemals.**

**Wer noch lebt, sage nicht: niemals!
Das Sichere ist nicht sicher.
So, wie es ist, bleibt es nicht.
Wenn die Herrschenden gesprochen haben,
Werden die Beherrschten sprechen.
Wer wagt zu sagen: niemals?
An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.
An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird?
Ebenfalls an uns.
Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!
Wer verloren ist, kämpfe!
Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?
Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen,
Und aus Niemals wird: Heute noch!**

Bertolt Brecht



INITIATIVE

«Wald-Stadt - Nein Danke»

**Intervention der PdA Bern
an der Stadtratssitzung vom 2. Juli 2015**

Für die PdA sind die Wälder der Stadt Bern entscheidend für die Lebensqualität in der Stadt, einerseits als Naherholungsgebiet, andererseits als natürliche Klimaanlage. Gerade an solchen Hitzetagen wie heute zeigt sich, wie wichtig die Wälder für ein angenehmeres Klima in der Stadt sind. Zudem muss, wer solche Naherholungsgebiete zur Verfügung hat, nicht nach Meikirch fahren um zu spazieren und verursacht somit auch weniger Emissionen. D.h. die Wälder der Stadt Bern sind nicht nur direkt gut fürs Klima, sondern haben auch indirekt eine wichtige Wirkung.

Laut einer Studie aus dem Jahr 2010 des «Institut für Soziologie der Universität Basel» mit dem Titel «Reichtum in der Schweiz» formieren folgende steuerpolitischen Massnahmen gemeinsam «einen schweizerischen Jahrhundert-Trend»:

- Die verhältnismässige Minderbelastung hoher Vermögen
- Verzicht auf eine nationale Vermögenssteuer seit 1959
- Abschaffung bzw. Reduktion der Erbschaftssteuer in vielen Kantonen seit den 1980er-Jahren
- Steuersenkungsrunden bei den Einkommens- und Vermögenssteuertarifen
- Abschaffung kantonaler Kapitalgewinnsteuern

Dem gegenüber steht die «Reform» der ALV im 2011 gegenüber, die zu einem Leistungsabbau von jährlich 600 Millionen Franken auf dem Buckel der Erwerbslosen führte. Die permanente Arbeitslosigkeit, die in der Schweiz seit Jahren rund 150 000 Personen betrifft, ist politisch gewollt. Sie dient vor allem dazu, die Löhne nach unten zu drücken und die Arbeiterschaft zu spalten.

Abgebaut wurden auch die Leistungen der IV mit der Revision 6.a und 6.b. Unter dem Vorwand einer sogenannten «verfeinerten Rentenabstufung» wurden vor allem den IV-RentnerInnen mit einer schweren Behinderung die Rente bis zu einem Drittel gekürzt. Es sind gerade diese Menschen, die erfahrungsgemäss trotz unermüdlichen Bemühungen nicht einmal eine Teilzeitstelle in Wirtschaft und Verwaltung finden.

Dies sind nicht nur Lippenbekenntnisse, sondern wir meinen das ernst. Darum unterstützt die PdA die Initiative «Wald-Stadt – Nein Danke» schon seit längerem und hat ihren Mitgliedern empfohlen, diese auch zu unterschreiben.

Nun zur Abstimmungsbotschaft: Da steht, dass «eine solche Stadterweiterung ohnehin nicht zulässig sei» und dass der Gemeinderat «keine Möglichkeit sieht, die Idee weiterzuverfolgen». Also chancenlos? Dies, nachdem das Projekt über mehrere Jahre mit luftig promotet wurde? Zweifel sind da wohl erlaubt! Eventuell gibt es ja bald ein neues Projekt. Wer weiss.

Schlussendlich wird der Initiative ein «programmatischer Charakter» unterstellt, was als negativ taxiert wird. Dies ist jedoch gerade die Stärke dieser Initiative. Verdichten auf Bauland - stehenlassen von Naherholungsgebieten: das muss Programm sein. Und genau das fordert diese Initiative.

Die PdA unterstützt diese Initiative weiterhin und wird ein Ja empfehlen.

2.Juli 2015, Daniel Egloff (PdA)

18.10.15

LISTE 25 NATIONALRATSWAHL

PdA

UND AUS NIEMALS
WIRD: HEUTE NOCH!

PARTEI DER
ARBEIT

Bertolt Brecht

BAUER

KJ

SCHLÄGT

KOMMUNISTISCHE
JUGEND

KÖNIG



PdA-Vertreter Daniel Egloff berichtet aus dem Stadtrat:

DAS MÄRCHEN DER LINKEN STADT BERN, AM BEISPIEL DER BUDGETDEBATTE

«Emotionslose» Budgetdebatte?

Das Wort «Budgetdebatte» klingt schon langweilig. Und wenn dann die Medien noch voraussagen, die Budgetdebatte werde wohl emotionslos und ruhig vonstatten gehen, droht einem das Gesicht einzuschlafen. In Wahrheit wird mit dem Budget entschieden, für was wie viel Geld ausgegeben wird. Es ist also nichts anderes als der Verteilungskampf fürs nächste Jahr. Interessant an sich ist schon, dass die Finanzen und somit die Oberherrschaft über das Geld fast überall in der Hand der Bürgerlichen sind. Ebenfalls interessant war das Schlusswort ebendieses Geldverwalters zum Budget der Stadt Bern 2016. Zusammengefasst: Er habe ein gutes Budget präsentiert, aber das Parlament habe seine Verantwortung nicht wahrgenommen und sein wunderbares Budget kaputt gemacht.

Dass also die Geldverteilung fürs nächste Jahr keinen harten Kampf zwischen rechts und links auslöst, scheint auf den ersten Blick ziemlich sonderbar. In Wahrheit ist dies nur ein Ausdruck des Filzes in der Stadt Bern. Dieses Budget entsprach irgendwie allen: Den Bürgerlichen mit einer «schwarzen Null», also einem ausgeglichenem Ergebnis, welches Voraussetzung wäre für eine Steuersenkung im nächsten Jahr, und den GemeinderätInnen von SP und Grünen mit der Aussicht auf 30 neu zu schaffende Stellen. Dass die SVP mehr Polizei und die FDP eine Steuersenkung schon in diesem Jahr forderten, gehörte zum üblichen Theater.

Sollen Stellen bei der Strassenreinigung abgebaut werden?

Dabei zeigten die Vorstösse der Freien Fraktion – AL/GPB-DA/PdA+, dass es durchaus einen Verteilungskampf zu führen gäbe. Statt Geld für Grossanlässe auszugeben, könnten z.B. Stellen beim Tiefbauamt erhalten werden.

Ein
Parlament
für
die
Konzerne
!

PolitikerInnen ist ein wichtiger Weg, um auf politische Prozesse Einfluss zu nehmen und Trends frühzeitig zu erkennen. Die Zahlen bestätigen dies: Die Mitglieder der eidgenössischen Bundesversammlung sind mit über 2000 VR-Mandate eingebunden. In zwei Jahren (2009 bis 2011) stieg die Zahl der vergebenen Mandate um 14,7 Prozent – ein deutlicher Anstieg, welcher die zunehmende direkte Einbindung der Politiker belegt. Nur eine ganz kleine Anzahl dieser Mandate vertritt die Interessen von Non-Profit-Organisationen. Skandalös ist hingegen der Druck, welcher durch die Gesundheits- und Immobilienlobby sowie jene der führenden Wirtschaftsbranchen ausgeübt wird.

Ausnahmslos alle Parteien haben ParlamentarierInnen mit VR-Mandaten in ihren Reihen. Selbstverständlich sind alle Schweizer Banken, Grosskonzerne und Multis direkt im Parlament vertreten. Wie mächtig diese sind, zeigt ein Blick auf ihren Umsatz: Laut der Rangliste vom 3. November 2014 der «Handelszeitung» verfügen die 15 umsatzgrössten Unternehmen, wie Vital SA (276.3 Milliarden), Glencore International (209.4), Cargill International Sa (122.9), Trafigura (119.7), Mercuria Trading Company (100.8) und Nestlé (92.12). Sie erzielten einen Umsatz von 981.1 Milliarden. Im Verhältnis dazu hat die Eidgenossenschaft im selben Jahr 62.8 Milliarden Franken eingenommen.

Durch ihre Organisationen und Lobbying beeinflussen die Unternehmen die für sie wichtigen politischen Entscheidungsprozesse. Das Vergeben von Mandaten an



Den Stellenabbau gerade bei den ArbeiterInnen von der Strassenreinigung fand immerhin die SP auch nicht ok, und sie unterstützte den Antrag der PdA. Die Grünen verstanden jedoch die Welt nicht mehr: Es würde ja niemand entlassen werden. Sie hätten da extra beim Tiefbauamt nachgefragt: Die aktuellen StelleninhaberInnen würden pensioniert. Bei sowenig Bewusstsein für die Lage der Arbeiterschaft kann es ja nicht verwundern, dass den Grünen in diesem Herbst schlechte Wahlchancen prognostiziert werden. Somit hatte der PdA-Antrag im Stadtrat keine Chance.

Werbeplakate statt öffentliche Stadtpläne

Aber auch die zunehmende Kommerzialisierung stört die «Linke» in der Stadt kaum. So kalkuliert die Stadt mit immer mehr Einnahmen durch Werbung im öffentlichen Raum und es müssen nun auch noch die letzten öffentlichen Stadtpläne der Werbefläche weichen. Der Antrag der PdA, diese Karten zu erhalten und auf die entsprechenden Werbeeinnahmen halt zu verzichten, traf auf gar keine Gegenliebe im Parlament. Erstaunlich ist dabei: noch vor kurzer Zeit hatte das gleiche Parlament entschieden, dass man in der Innenstadt die Stadtpläne wieder aufhängen sollte. Entweder lei-

Nun läuft mit der so genannten «Altersvorsorge 2020» der erneute Angriff auf die Renten der Menschen. Vom Bundesrat vorgeschlagen sind die Erhöhung des Rentenalters der Frauen, die Senkung des Umwandlungssatzes bei der Pensionskasse, die Flexibilisierung des Rentenalters von 62 bis 70 (!) Jahren sowie die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Renten und Sozialversicherungen sind keine Almosen, sondern von der Verfassung garantierte Rechte. Wir fordern konkret:

Den sofortigen Stopp sämtlicher Verschlechterungen der Sozialversicherungen und die Vergesellschaftung der gesamten sozialen Vorsorge, um sie der demokratischen Kontrolle zu unterstellen

Die Integration der zweiten Säule (Pensionskassen) in die erste Säule (AHV) und somit die Einführung der Volkspension, sowie die Erleichterung der Frühpensionierung in Berufen mit schwerer körperlicher Arbeit

Fragen und Antworten aus dem Wahlprogramm der PdAS

det dieser Stadtrat unter einer kollektiven Amnesie, oder die Aussenquartiere, wo der Mainstream-Tourismus weniger eine Rolle spielt, interessieren die Mehrheit einfach nicht.

Längere Öffnungszeiten in den Freibädern ohne Mehrkosten?

An einer früheren Sitzung war ein Vorstoss praktisch ohne Widerstand angenommen worden, der längere Öffnungszeiten in den städtischen Freibädern forderte. Jetzt zeigte sich aber plötzlich, dass das dafür benötigte Geld gar nicht budgetiert war. Stattdessen sollten doch die Angestellten mehr Flexibilität an den Tag legen, denn es gäbe doch genügend Schlechtwettertage, an welchen die Badeanstalt geschlossen sei. Den Preis für längere Öffnungszeiten sollen also die Angestellten bezahlen! Ein Kompromissvorschlag der SP wurde schlussendlich angenommen, wobei das nun gesprochene Geld nicht reicht, um diese zusätzlichen Öffnungszeiten voll zu finanzieren.

Ein persönliches Fazit

Seit Jahren verbreiten die bürgerlichen Medien, dass es in der Stadt eine linke Mehrheit gäbe. Dies ist ein schönes Märchen für die Bürgerlichen und SozialdemokratInnen; ich selber sehe für die Linke eher ein Desaster.

Dringliche Interpellation Freie Fraktion (Mess Barry parteilos und Daniel Egloff PdA)

BETREUUNG VON BEWOHNENDEN DER ZIVILSCHUTZANLAGE HOCHFELD DURCH DIE FIRMA ORS SERVICE AG - SITUATION WEITERHIN SEHR UNBEFRIEDIGEND!

Uns wurde zugetragen, dass in der Asylunterkunft Hochfeld in mindestens einem Fall jemand vor und nach einer Operation nicht die nötige Betreuung erhalten hat. Niemand hat sich um diese Person gekümmert, sich nach ihrem Wohlbefinden erkundigt und sie bei der Kommunikation mit dem Spital unterstützt. Die Person musste sich direkt nach der Operation selber um die eigene Versorgung mit Lebensmitteln kümmern, und was besonders stossend ist, sie musste direkt nach der Rückkehr aus dem Spital weiterhin in der Massenunterkunft übernachten, statt in einem in solchen Fällen vorgesehenen Vierbettzimmer. Fragt sich, wofür die Firma ORS Service AG eigentlich Geld erhält? Und ob die Stadt Bern solche menschenunwürdigen Zustände hinnimmt? Auf die dringliche Interpellation 2014.SR.000224 antwortete der Gemeinderat, dass «unterirdische Zivilschutzanlagen sich für die längerfristige Unterbringung von Asylsuchenden nicht eignen» und sich die Stadt Bern dafür einsetzt, «dass die Belegung im Hochfeld mit Beruhigung der Lage kontinuierlich auf das geplante Ziel gesenkt wird. Sodann setzt der Gemeinderat alles daran, die dem Kanton zugesicherten 80 Plätze zur Unterbringung von Asylsuchenden in der Phase 1 oberirdisch anzubieten.» Offenbar hat sich aber die Situation nicht entsprechend entwickelt - wie erklärt dies der Gemeinderat?

In diesem Zusammenhang stellen sich uns folgende Fragen:

1. Wie wird überprüft, ob die medizinische Versorgung in der Asylunterkunft Hochfeld genügt?
2. Wie werden die Menschen behandelt, die krank sind?
3. Wie wird das Problem gelöst, dass es zu wenig Einzelbetten in ruhigen Zimmern für Kranke hat?
4. Und was tut die Stadt Bern, damit sich die Situation in dieser Unterkunft verbessert?
5. Warum konnte die Belegung nicht gesenkt werden bzw. was hat die Stadt Bern inzwischen getan, damit die Belegung gesenkt werden kann?

6. Wird mit der Öffnung des Zieglerspitals als Asylunterkunft dies endlich erreicht werden und das Hochfeld geschlossen werden?
7. Wird die Situation in den neuen Asylunterkünften besser sein (Betreuung und Einzelzimmer für Kranke)?
8. Und zu guter Letzt: Wann wird die Asylunterkunft Hochfeld endlich geschlossen?

Begründung der Dringlichkeit:

Das Hochfeld ist überbelegt und der Bund warnt vor steigenden Zahlen Asylsuchender.

17.9.15 / Die Dringlichkeit wurde gewährt

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach 7501, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9



PARTEI DER ARBEIT FORDERT TAG DER ARBEIT ALS FEIERTAG EIN!

Die Partei der Arbeit des Kantons Bern lancierte am 1. Mai eine Petition an den Regierungsrat des Kantons Bern zur Einführung des 1. Mai als Feiertag im ganzen Kanton und fordert ihn auf, sich für eine einheitliche Lösung auf Bundesebene im Sinne der ArbeiterInnenbewegung einzusetzen.

Die PdA übergibt die Petition am Montag den 28. September um 10 Uhr, am Münsterplatz 2.